



02/2005



Sepp Dürr, MdL
Fraktionsvorsitzender

Bayern braucht ein Integrationsgesetz. Deshalb haben die Grünen im Bayerischen Landtag schon im Januar Eckpunkte für eine nachhaltige Integrationspolitik vorgelegt. Unter Federführung des Fraktionsvorsitzenden Sepp Dürr haben die Grünen ihr Konzept in verschiedenen Veranstaltungen mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis, mit Migrantenselbstorganisationen und einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Die Ergebnisse stellen wir im Folgenden kurz vor. Das Eckpunktepapier sowie die Protokolle zu den einzelnen Fachgesprächen finden Sie unter www.gruene-fraktion-bayern.de. Eine Dokumentation der Veranstaltungsreihe ist in Vorbereitung.

Für eine nachhaltige Integrationspolitik in Bayern

Ergebnisse der ExpertInnenrunde zum grünen Eckpunktepapier

Integration ist eine gesellschaftspolitische Gesamtaufgabe. Integrationspolitik ist Modernisierungspolitik. Die staatliche Verantwortung für Integration gegenüber den Kommunen muss klar definiert werden. Staat und Gesellschaft müssen sich interkulturell öffnen. Eine entsprechende Finanzierung ist sicherzustellen.

Integration setzt gute Deutschkenntnisse voraus. Sprachförderung muss deshalb möglichst frühzeitig und lebensnah ansetzen und den gesamten Bildungsweg umfassen. Mehrsprachigkeit stellt eine wertvolle Ressource in unserer internationalisierten Gesellschaft dar und bedeutet gerade für Kinder von MigrantInnen eine wichtige Zukunftsperspektive. Offen ist, ob die Förderung der Muttersprache auch die deutsche Sprachkompetenz erhöht.

Kinder mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von Bildungsarmut betroffen, was in erster Linie Folge unseres strikt monokulturell ausgerichteten Bildungssystems ist. Interkulturelle Öffnung der Schulen und Lehrpläne, individuelle Förderung, mehr Schulautonomie und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Elementarerziehung, Schule und Jugendhilfe schaffen für alle Kinder mehr Chancengerechtigkeit.

Bayern ist eine multireligiöse Gesellschaft. Unser Grundgesetz fordert die Gleichstellung aller Religionen. Eine Differenzierung zwischen kulturellen Traditionen und religiösen Vorschriften hilft, die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Gerade MuslimInnen fühlen sich hier oft diskriminiert. Eine bessere Einbindung des Islam in die Gesellschaft gräbt islamistischen Tendenzen das Wasser ab. Das bedeutet auch: mehr Transparenz in den Moscheen, radikale Absage an jegliche Form von Terror, Ächtung von Zwangsheirat und „Ehrenmorden“, Bereitschaft zum offenen Dialog.

Weitere Informationen dazu können im Büro des Fraktionsvorsitzenden *Sepp Dürr*, Tel. 089 - 41 26 - 27 33, E-Mail sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de angefordert werden.



Simone Tolle, MdB,
Bildungspolitische
Sprecherin

Integration durch Sprachförderung

Fachgespräch über innovative Ansätze zum Spracherwerb

Integration erfolgt nicht nur durch Spracherwerb. Sprache lernt man durch die Praxis. Insofern ist Integration Voraussetzung für erfolgreichen Spracherwerb. Die Förderung von Mehrsprachigkeit garantiert dabei keineswegs per se eine gelungene Sprachbiografie. Trotzdem zeigt die Erfahrung: wer gut türkisch spricht, kann auch gut deutsch. Und angesichts der Zielvorgabe der EU, bis zum Jahr 2010 europaweit die Dreisprachigkeit durchzusetzen, sollte man die Zwei- und Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund als wichtige Ressource erkennen und entsprechend fördern.

Ergänzend zum Zuwanderungsgesetz sind Initiativen zur Sprachförderung auf Landesebene dringend notwendig. Beispielhaft ist hier das Bund-Länder-Programm FörMig, an dem Bayern bislang nicht teilnimmt. Die Grundprinzipien:

- eine Institutionen übergreifende, den gesamten Bildungsweg begleitende und auf den individuellen Bedarf abgestimmte Sprachförderung
- die Kombination von alltagsweltlichem Spracherwerb und Erwerb der Bildungssprache, die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule
- die Verankerung von Sprachenvielfalt in den Schulen (z.B. Unterricht und Prüfungen in verschiedenen Sprachen)

Was in Bayern noch exotisch wirkt, ist in anderen EU-Staaten bereits selbstverständlich: der muttersprachliche Unterricht in allen Migrantensprachen (Schweden), die Möglichkeit, das Abitur in 25 Sprachen abzulegen (Frankreich) oder die Sekundarstufe I in jeder Migrantensprache abzuschließen (Großbritannien). Die Politik der Staatsregierung wirkt dagegen ausgesprochen provinziell und fördert Segregation statt Integration.

Für weitere Auskünfte steht das Büro der bildungspolitischen Sprecherin *Simone Tolle*, Tel. 089 - 41 26 - 25 74, E-Mail simone.tolle@gruene-fraktion-bayern.de zur Verfügung.



Christine Kamm,
MdB, Kommunal-
politische Sprecherin

Integration durch Partizipation

Fachgespräch zum Thema „Kommunale Strategien der Integrationspolitik“

Während in anderen EU-Staaten das aktive und passive kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige durchaus legitim ist, ist dies nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts von 1990 in Deutschland allein den UnionsbürgerInnen vorbehalten. Volle politische Teilhaberechte können Drittstaatsangehörige nur durch Einbürgerung erhalten. Wichtiger für Integration als das formale Wahlrecht ist – so eine These – die zivilgesellschaftliche Ebene, die eine aktive Mitgestaltung von Gesellschaft ermöglicht. In Vereinen, in Bürgerversammlungen etc. wird Demokratie erlebbar und erlernbar. Dies fließt in dem Konzept der Wohnbürgerschaft zusammen. Die Wohnbürgerschaft kann zwar politische Partizipation im Sinne des kommunalen Wahlrechts nicht ersetzen, stärkt jedoch alternative Formen der Anerkennung und der mitgestaltenden Teilhabe.

Statt einer kommunalen Integrationspolitik ist eine integrative Kommunalpolitik der richtige Ansatzpunkt: die „Culture“ muss auf allen Ebenen, in allen Politikfeldern und bei allen politischen Initiativen mitgedacht werden. Die Ausländerbeiräte in ihrer jetzigen Form werden den neuen Aufgaben nicht mehr gerecht. Statt des bisherigen Konstrukts als Sondergremium müssen die MigrantInnenvertretungen in die vorhandenen kommunalen Strukturen einbezogen werden. Dies wollen wir mit KommunalpolitikerInnen und Ausländerbeiräten noch weiter diskutieren.

Für Nachfragen steht das Büro der kommunalpolitischen Sprecherin *Christine Kamm*, Tel. 089 - 41 26 - 28 74, E-Mail christine.kamm@gruene-fraktion-bayern.de zur Verfügung.

Gleiches Recht für alle

Fachgespräch zum Thema „Integration und Religion“

Die religiöse Vielfalt in Bayern ist nicht nur als Problem muslimischer Minderheiten, sondern als Herausforderung für das Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft zu begreifen. Der säkulare Rechtsstaat ist Hüter der Grund- und Menschenrechte, die nicht isoliert voneinander betrachtet werden dürfen. Das Gebot der Religionsfreiheit muss mit den Menschen- und Grundrechten in Einklang gebracht werden. Konflikte sind nicht mit einem generellen Präventivverbot, sondern anhand des jeweiligen Einzelfalls zu lösen.

Auch auf religiösem Feld kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle zu, bietet sie doch auch Raum für Religionsgemeinschaften und Kirchen. MuslimInnen (bzw. Nicht-Deutsche, egal welcher Religionszugehörigkeit) sind hier deutlich unterrepräsentiert. Problematisch bleibt die Einbindung und offizielle Anerkennung von religiösen Gemeinschaften, die nicht nach dem Muster christlicher Institutionen organisiert sind (Beispiel Islam). Hier brauchen wir verallgemeinerbare Alternativen.

Weitere Informationen dazu erteilt das Büro der kirchenpolitischen Sprecherin *Ulrike Gote*, Tel. 089-41 26-26 48, E-Mail ulrike.gote@gruene-fraktion-bayern.de.



*Ulrike Gote, MdL,
Kirchenpolitische
Sprecherin*

Emanzipation durch Integration?

Fachgespräch zum Thema „Integration und Frauen“

Die verstärkte Hinwendung mancher junger muslimischer Frauen zum Islam hat einen durchaus emanzipatorischen Aspekt. Diese Frauen distanzieren sich von den gängigen konservativ-patriarchalen Auslegungen des Koran und orientieren sich an den Menschenrechten. Durch fundierte Neuinterpretationen wollen sie die Stellung der Frau stärken und den Islam von innen heraus reformieren. Gewalt gegen Frauen, Zwangsheirat und Polygamie werden als mit dem Koran nicht vereinbar abgelehnt, die Teilhabe am öffentlichen Leben für muslimische Frauen selbstbewusst eingefordert. Mit ihren fundierten Kenntnissen über den Islam versuchen sie sich innerhalb der familiären und sozialen Strukturen Freiräume zu schaffen – auch wenn sie dabei widersprüchlich bleiben.

Die Frauen grenzen sich damit zum einen von patriarchalischen Denkmustern der eigenen Kulturtraditionen ab, zum andern stellen sie aber auch die Allgemeingültigkeit westlicher Emanzipationskonzepte in Frage. In beiden Fällen suchen sie eigene Wege. Sie fordern selbstbewusst ein, dass ihre emanzipativen Bestrebungen als gleichwertig anerkannt und nicht einfach dem westlich geprägten Verständnis von „Emanzipation“ und „Feminismus“ untergeordnet werden. Statt Dominanz einer eurozentristischen Leitkultur ist auch hier die Anerkennung von Differenz gefragt.

Nähere Auskunft dazu im Büro der migrationspolitischen Sprecherin *Renate Ackermann*, Tel. 089-41 26-24 13, E-Mail renate.ackermann@gruene-fraktion-bayern.de.



*Renate Ackermann,
MdL, Migrations-
politische Sprecherin*

Härtefallkommission – Quo vadis, Beckstein?

In der Plenarsitzung vom 20. Juli 2005 wurde der grüne Gesetzentwurf zur Errichtung einer Härtefallkommission in zweiter Lesung im Plenum von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Ob es in Bayern überhaupt eine Härtefallkommission geben wird, steht in den Sternen. Hinderungsgrund ist laut Beckstein die ablehnende Haltung der katholischen Kirche. Ein Vorwand? Entscheidungsunfähigkeit des Innenministers? Hinhaltetaktik? Das wissen wir nicht. Angesichts des offensichtlichen Bedarfs eines parteiunabhängigen Gremiums zur Beurteilung von Härtefällen, den positiven Erfahrungen in anderen Ländern und der Unterstützung in breiten Teilen der Gesellschaft ist diese Haltung schlicht unbegreiflich.

Mehr dazu im Büro von *Maria Scharfenberg*, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Tel. 089-41 26-23 35, E-Mail maria.scharfenberg@gruene-fraktion-bayern.de.



*Maria Scharfenberg,
MdL, Petitionsaus-
schuss*



Sepp Dürr, MdL
Fraktionsvorsitzender

Interkulturelles Parlament 2005

Zum dritten Mal fand auf Initiative des Fraktionsvorsitzenden Sepp Dürr das Interkulturelle Parlament im Bayerischen Landtag statt. Das Interkulturelle Parlament bietet für Einheimische und MigrantInnen ein Forum zur Begegnung zwischen den Kulturen, zum Erfahrungsaustausch, zur Diskussion von politischen Maßnahmen – eine niedrigschwellige Form politischer Mitgestaltung. Das diesjährige Interkulturelle Parlament griff noch einmal die Themen der Fachgespräche auf, um diese unter einem neuen Blickwinkel zu beleuchten. In fünf Ausschüssen diskutierten die TeilnehmerInnen mit ExpertInnen die Themen Bildung, Religion, Frauen, Partizipation und Jugend. Dabei zeigte sich: Die Gesellschaft ist der Politik in weiten Teilen schon voraus. Dies wurde insbesondere an den vorgestellten Projekten und Initiativen deutlich.

Für Rückfragen steht das Büro von Sepp Dürr unter der Telefonnummer 089-41 26-27 33, E-Mail sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de zur Verfügung.

Deutsch-türkische Identitäten – Lebensentwürfe türkischer Frauen

Mit der Vorstellung von Migrantinnenbiografien im Rahmen der Gesprächsreihe „Hier sind wir daheim“ unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Sepp Dürr wurde einmal mehr demonstriert: MigrantInnen sind längst mittendrin in unserer Gesellschaft und führen keineswegs ein bizarres Exotendasein am Rande. Und: auch unter MigrantInnen existiert eine Vielzahl an Lebensentwürfen und Lebensformen.

Dies wurde an dem Beispiel der beiden türkischen Frauen Hülya Kandemir, Liedermacherin, und Hülya Özkan, ZDF-Moderatorin, deutlich. Während sich Hülya Kandemir vor einem Jahr komplett aus dem Showgeschäft zurückzog, um sich künftig dem Islam zu widmen, erklimmte die studierte Politologin und Journalistin Hülya Özkan die Karriereleiter im ZDF, für die sie inzwischen die Sendung „heute in europa“ moderiert. Auf der einen Seite also das bewusste Spiel mit Versatzstücken der bi-kulturellen Herkunft, das provokative Aufbrechen von Mustern, die Lust an Brüchen – gegen das traditionelle türkische Elternhaus, gegen die Vermarktungsprinzipien im Showbusiness, gegen die pauschale Verurteilung des Islam. Auf der anderen Seite eine stringente Berufskarriere, wie sie für Frauen in Deutschland vorbildhafter nicht sein könnte.

Zweierlei forderten die beiden Hülyas von ihrem Publikum ein: das Infragestellen der eigenen Klischees und einen unverstellten Blick auf die vielfältigen Biografien von Frauen mit Migrationshintergrund.

Weitere Informationen dazu sind im Büro des Fraktionsvorsitzenden Sepp Dürr, Tel. 089-41 26-27 33, E-Mail sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de erhältlich.

Ankündigung

Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Bayern – Berichte aus der Praxis

Nach einem Dreivierteljahr Erfahrungen mit dem Zuwanderungsgesetz in Bayern ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Deshalb möchten wir mit Ihnen Ihre Erfahrungen aus der Praxis ausführlich diskutieren, um politische Handlungsleitlinien ableiten zu können.

Termin: Dienstag, 25. Oktober 2005

Zeit: 14.00 - 17.00 Uhr

Ort: S 501 im Bayerischen Landtag

Weitere Informationen und Anmeldung bitte bei der Fraktionsreferentin Anja Edelhäuser, Tel. 089-41 26-22 58, E-Mail anja.edelhaeuser@gruene-fraktion-bayern.de.

V.i.S.d.P.:

Die Grünen im Bayerischen Landtag – Dr. Sepp Dürr Fraktionsvorsitzender – Maximilianeum – 81627 München
Tel. 089-41 26-27 33 – Fax 089-41 26-14 94 – E-Mail sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de